

Herbert Marcuse

# Repressive Toleranz

in: Wolff, Robert Paul/ Moore, Barrington/ Marcuse, Herbert:  
Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1966

Dieser Essay<sup>1</sup> untersucht die Idee der Toleranz in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Er gelangt zu dem Schluß, daß die Verwirklichung der Toleranz Intoleranz gegenüber den herrschenden politischen Praktiken, Gesinnungen und Meinungen erheischen würde - sowie die Ausdehnung der Toleranz auf politische Praktiken, Gesinnungen und Meinungen, die geächtet oder unterdrückt werden. Die Idee der Toleranz erscheint, mit anderen Worten, heute wieder als dasjenige, was sie an ihren Ursprüngen war, zu Beginn der Neuzeit - als ein parteiliches Ziel, ein subversiver, befreiender Begriff und als ebensolche Praxis. Umgekehrt dient, was heute als Toleranz verkündet und praktiziert wird, in vielen seiner wirksamsten Manifestationen den Interessen der Unterdrückung. Der Verfasser ist sich dessen voll bewußt, daß gegenwärtig keine Macht, Autorität oder Regierung vorhanden ist, die eine befreiende Toleranz in Praxis übersetzen würde, doch er meint, daß es Aufgabe und Pflicht des Intellektuellen ist, an geschichtliche Möglichkeiten, die zu utopischen geworden zu sein scheinen, zu erinnern und sie zu bewahren - daß es seine Aufgabe ist, die unmittelbare Konkretheit der Unterdrückung zu durchbrechen, um die Gesellschaft als das zu erkennen, was sie ist und tut.

Toleranz ist ein Selbstzweck. Daß die Gewalt beseitigt und die Unterdrückung so weit verringert wird, als erforderlich ist, um Mensch und Tier vor Grausamkeit und Aggression zu schützen, sind die Vorbedingungen einer humanen Gesellschaft. Eine solche Gesellschaft existiert noch nicht; mehr denn je wird heute der Fortschritt zu ihr hin aufgehalten durch Gewalt und Unterdrückung. Als Abschreckungsmittel gegen einen nuklearen Krieg, als Polizeiaktion gegen Umsturz, als technische Hilfe im Kampf gegen Imperialismus und Kommunismus, als Methoden zur Befriedung in neokolonialistischen Massakern werden Gewalt und Unterdrückung gleichermaßen von demokratischen und autoritären Regierungen verkündet, praktiziert und verteidigt, und den Menschen, die diesen Regierungen unterworfen sind, wird beigebracht, solche Praktiken als notwendig für die Erhaltung des Status quo zu ertragen. Toleranz wird auf politische Maßnahmen, Bedingungen und Verhaltensweisen ausgedehnt, die nicht toleriert werden sollten, weil sie die Chancen, ein Dasein ohne Furcht und Elend herbeizuführen, behindern, wo nicht zerstören.

Diese Art von Toleranz stärkt die Tyrannei der Mehrheit, gegen welche die wirklichen Liberalen aufbegehren. Der politische Ort der Toleranz hat sich geändert: während sie mehr oder weniger stillschweigend und verfassungsmäßig der Opposition entzogen wird, wird sie hinsichtlich der etablierten Politik zum Zwangsverhalten. Toleranz wird von einem aktiven in einen passiven Zustand überführt, von der Praxis in eine Nicht-Praxis: ins Laissez-faire der verfassungsmäßigen Behörden. Gerade vom Volk wird die Regierung geduldet, die wiederum Opposition duldet im Rahmen der verfassungsmäßigen Behörden.

Toleranz gegenüber dem radikal Bösen erscheint jetzt als gut, weil sie dem Zusammenhalt des Ganzen dient auf dem Wege zum Überfluß oder zu größerem Überfluß. Die Nachsicht gegenüber der systematischen Verdummung von Kindern wie von Erwachsenen durch Reklame und Propaganda, die Freisetzung von unmenschlicher zerstörender Gewalt in Vietnam, das Rekrutieren und die Ausbildung von Sonderverbänden, die ohnmächtige und wohlwollende Toleranz gegenüber unverblütem Betrug beim Warenverkauf, gegenüber Verschwendung und geplantem Veralten von Gütern sind keine Verzerrungen und Abweichungen, sondern das Wesen eines Systems, das Toleranz befördert als ein Mittel, den Kampf ums Dasein zu verewigen

und die Alternativen zu unterdrücken. Im Namen von Erziehung, Moral und Psychologie entrostet man sich laut über die Zunahme der Jugendkriminalität, weniger laut über die Kriminalität immer mächtigerer Geschosse, Raketen und Bomben das reifgewordene Verbrechen einer ganzen Zivilisation.

Einem dialektischen Satz zufolge bestimmt das Ganze die Wahrheit nicht in dem Sinne, daß das Ganze vor oder über seinen Teilen ist, sondern in der Weise, daß seine Struktur und Funktion jede besondere Bedingung und Beziehung bestimmen. So drohen in einer repressiven Gesellschaft selbst fortschrittliche Bewegungen in dem Maße in ihr Gegenteil umzuschlagen, wie sie die Spielregeln hinnehmen. Um einen höchst kontroversen Fall anzufahren: die Ausübung politischer Rechte (wie das der Wahl, das Schreiben von Briefen an die Presse, an Senatoren usw., Protestdemonstrationen, die von vornherein auf Gegengewalt verzichten) in einer Gesellschaft totaler Verwaltung dient dazu, diese Verwaltung zu stärken, indem sie das Vorhandensein demokratischer Freiheiten bezeugt, die in Wirklichkeit jedoch längst ihren Inhalt geändert und ihre Wirksamkeit verloren haben. In einem solchen Falle wird die Freiheit (der Meinungsäußerung, Versammlung und Rede) zu einem Instrument, die Knechtschaft freizusprechen. Und doch (und nur hier zeigt der dialektische Satz seine volle Intention) bleiben das Vorhandensein und die Ausübung dieser Freiheiten eine Vorbedingung für das Wiederherstellen ihrer ursprünglichen oppositionellen Funktion, vorausgesetzt, daß die Anstrengung, ihre (oft selbstauferlegten) Beschränkungen zu überschreiten, intensiviert wird. Im allgemeinen hängen Funktion und Wert der Toleranz von der Gleichheit ab, die in der Gesellschaft herrscht, in welcher Toleranz geübt wird. Toleranz selbst bleibt umfassenderen Kriterien unterworfen: ihre Reichweite und Grenzen lassen sich nicht gemäß der jeweiligen Gesellschaft definieren. Mit anderen Worten: Toleranz ist nur dann ein Selbstzweck, wenn sie wahrhaft allseitig ist und von den Herrschern so geübt wird wie von den Beherrschten, von den Herren wie von den Knechten, von den Häschern wie von ihren Opfern. Solch allseitige Toleranz ist nur dann möglich, wenn kein wirklicher oder angeblicher Feind die Erziehung und Ausbildung des Volkes zu Aggressivität und Brutalität erforderlich macht. Solange diese Bedingungen nicht herrschen, sind die Bedingungen der Toleranz »belastet«: sie werden geprägt und bestimmt von der institutionalisierten Ungleichheit (die sicher mit verfassungsmäßiger Gleichheit vereinbar ist), das heißt von der Klassenstruktur der Gesellschaft. In einer derartigen Gesellschaft wird Toleranz de facto eingeschränkt auf dem Boden legalisierter Gewalt oder Unterdrückung (Polizei, Armee, Aufseher aller Art) und der von den herrschenden Interessen und deren »Konnexionen« besetzten Schlüsselstellung.

Diese im Hintergrund wirkenden Beschränkungen der Toleranz gehen normalerweise den expliziten und juristischen Beschränkungen voraus, wie sie festgelegt werden durch Gerichte, Herkommen, Regierungen usw. (zum Beispiel »Notstand«, Bedrohung der nationalen Sicherheit, Häresie). Im Rahmen einer solchen Sozialstruktur läßt sich Toleranz üben und verkünden, und zwar 1. als passive Duldung verfestigter und etablierter Haltungen und Ideen, auch wenn ihre schlagende Auswirkung auf Mensch und Natur auf der Hand liegt; und 2. als aktive, offizielle Toleranz, die der Rechten wie der Linken gewährt wird, aggressiven ebenso wie pazifistischen Bewegungen, der Partei des Hasses ebenso wie der der Menschlichkeit. Ich bezeichne diese unparteiische Toleranz insofern als »abstrakt« und »rein«, als sie davon absieht, sich zu einer Seite zu bekennen - damit freilich schützt sie in Wirklichkeit die bereits etablierte Maschinerie der Diskriminierung.

Die Toleranz, die Reichweite und Inhalt der Freiheit erweiterte, war stets parteilich intolerant gegenüber den Wortführern des unterdrückenden Status quo. Worum es ging, war nur der Grad und das Ausmaß der Intoleranz. In der festgefügt liberalen Gesellschaft Englands und der Vereinigten Staaten wurde Rede- und Versammlungsfreiheit selbst den radikalen Gegnern der Gesellschaft gewährt, sofern sie nicht vom Wort zur Tat, vom Reden zum Handeln übergingen.

Indem sie sich auf die wirksamen, im Hintergrund stehenden Beschränkungen verließ, schien die Gesellschaft allgemeine Toleranz zu üben. Aber bereits die liberalistische Theorie hatte die Toleranz unter eine wichtige Bedingung gestellt: sie sollte »nur für Menschen in der Reife ihrer Anlagen gelten«. John Stuart Mill spricht nicht nur von Kindern und Minderjährigen; er führt näher aus: »Als Prinzip ist Freiheit nicht anwendbar auf einen Zustand vor der Zeit, in der die Menschheit die Fähigkeit erlangte, sich durch freie und gleiche Diskussion fortzuentwickeln.« Vor jener Zeit dürfen die Menschen noch Barbaren sein, und »der Despotismus ist eine im Umgang mit Barbaren legitime Regierungsform, vorausgesetzt, daß sie darauf abzielt, jene höher zu entwickeln, und die Mittel dadurch gerechtfertigt sind, daß sie tatsächlich zu diesem Ziel führen.« Mills oft zitierte Worte enthalten eine wenig bekannte Implikation, von der ihr Sinn abhängt: den inneren Zusammenhang von Freiheit und Wahrheit. Es gibt einen Sinn, in dem Wahrheit der Zweck der Freiheit ist und die Freiheit durch Wahrheit bestimmt und umgrenzt werden muß. In welchem Sinn kann nun Freiheit um der Wahrheit willen sein? Freiheit ist Selbstbestimmung, Autonome - das ist fast eine Tautologie, aber eine Tautologie, die sich aus einer ganzen Reihe synthetischer Urteile ergibt. Sie unterstellt die Fähigkeit, daß man sein eigenes Leben bestimmen kann: daß man imstande ist zu entscheiden, was man tun und lassen, was man erleiden und was man nicht erleiden will. Aber das Subjekt dieser Autonomie ist niemals das zufällige, private Individuum als das, was es gegenwärtig oder zufällig gerade ist; vielmehr das Individuum als ein menschliches Wesen, das imstande ist, frei zu sein mit den anderen. Und das Problem, eine solche Harmonie zwischen der individuellen Freiheit und dem Anderen zu ermöglichen, besteht nicht darin, einen Kompromiß zwischen Konkurrenten zu finden oder zwischen Freiheit und Gesetz, zwischen allgemeinem und individuellem Interesse, öffentlicher und privater Wohlfahrt in einer etablierten Gesellschaft, sondern darin, die Gesellschaft berbeizuführen, worin der Mensch nicht an Institutionen versklavt ist, welche die Selbstbestimmung von vornherein beeinträchtigen. Mit anderen Worten, Freiheit ist selbst für die freiesten der bestehenden Gesellschaften erst noch herzustellen. Und die Richtung, in der sie gesucht werden muß, und die institutionellen und kulturellen Veränderungen, die dazu beitragen können, dieses Ziel zu erreichen, sind - zumindest in der entwickelten Zivilisation - begreiflich, das heißt, sie lassen sich identifizieren und entwerfen auf der Basis der Erfahrung, durch Vernunft. Im Wechselspiel von Theorie und Praxis werden wahre und falsche Lösungen unterscheidbar - niemals im Sinne bewiesener Notwendigkeit, niemals als das Positive, sondern nur mit der Gewißheit einer durchdachten und vernünftigen Chance und mit der überzeugenden Kraft des Negativen. Denn das wahrhaft Positive ist die Gesellschaft der Zukunft und deshalb jenseits von Definition und Bestimmung, während das bestehende Positive dasjenige ist, über das hinausgegangen werden muß. Doch die Erfahrung und das Verständnis der bestehenden Gesellschaft können durchaus identifizieren, was nicht zu einer freien und vernünftigen Gesellschaft führt, was die Möglichkeiten ihrer Herbeiführung verhindert oder verzerrt. Freiheit ist Befreiung, ein spezifischer geschichtlicher Prozeß in ' Theorie und Praxis und hat als solcher sein Recht und Unrecht, seine Wahrheit und Falschheit.

Die Ungewißheit der Chance bei dieser Unterscheidung setzt die geschichtliche Objektivität nicht außer Kraft, sie erfordert jedoch Denk- und Ausdrucksfreiheit als Vorbedingungen, den Weg zur Freiheit zu finden - sie erfordert Toleranz. Diese Toleranz kann allerdings nicht unterschiedslos und gleich sein hinsichtlich der Inhalte des Ausdrucks in Wort und Tat; sie kann nicht falsche Worte und unrechte Taten schützen, die demonstrierbar den Möglichkeiten der Befreiung widersprechen und entgegenwirken. Solche unterschiedslose Toleranz ist gerechtfertigt in harmlosen Debatten, bei der Unterhaltung, in der akademischen Diskussion; sie ist unerlässlich im Wissenschaftsbetrieb, in der privaten Religion. Aber die Gesellschaft kann nicht dort unterschiedslos verfahren, wo die Befriedung des Daseins, wo Freiheit und Glück selbst auf dem Spiel stehen: hier können bestimmte Dinge nicht gesagt bestimmte Ideen nicht ausgedrückt, bestimmte politische Maßnahmen nicht vorgeschlagen, ein bestimmtes Verhalten nicht gestattet werden, ohne daß man Toleranz zu einem Instrument der Fortdauer von Knechtschaft macht.

Die Gefahr »zerstörerischer Toleranz« (Baudelaire), »wohlwollender Neutralität« gegenüber der Kunst ist erkannt worden: der Markt, der (obgleich oft mit ganz plötzlichen Schwankungen) gleich gut Kunst, Anti-Kunst und Nicht-Kunst, alle möglichen einander widerstreitenden Stile, Schulen und Formen in sich aufnimmt, liefert ein »behagliches Gefäß, einen freundlichen Abgrund«<sup>2</sup>, in dem der radikale Impuls der Kunst, ihr Protest gegen die etablierte Wirklichkeit untergeht. Gleichwohl ist die Zensur von Kunst und Literatur unter allen Umständen rückschrittlich. Das authentische Kunstwerk ist keine Stütze der Unterdrückung und kann keine sein, und Pseudokunst (die eine solche Stütze sein kann) ist keine Kunst. Die Kunst steht gegen die Geschichte, leistet ihr Widerstand, einer Geschichte, welche stets die der Unterdrückung gewesen ist; denn die Kunst unterwirft die Wirklichkeit Gesetzen, die andere als die etablierten sind: den Gesetzen der Form, welche eine andere Wirklichkeit hervorbringt - die Negation der etablierten selbst dort, wo Kunst die etablierte Wirklichkeit abschildert. Freilich unterwirft sich die Kunst in ihrem Kampf mit der Geschichte selbst der Geschichte: die Geschichte geht ein in die Definition der Kunst sowie in die Unterscheidung von Kunst und Pseudokunst. So geschieht es, daß zur Pseudokunst wird, was einmal Kunst war. Frühere Formen, Stile und Qualitäten, frühere Weisen von Protest und Absage lassen sich nicht in einer anderen Gesellschaft oder gegen sie wiederaufnehmen. Es gibt Fälle, in denen ein authentisches Werk eine rückschrittliche politische Aussage enthält - das gilt von Dostojewskij. Dann aber wird die Aussage durch das Werk selbst widerrufen: der rückschrittliche politische Inhalt wird absorbiert, aufgehoben in der künstlerischen Form: im Werk als Literatur.

Die Toleranz der freien Rede ist der Weg der Vorbereitung und des Fortschreitens der Befreiung, nicht weil es keine objektive Wahrheit gibt und Befreiung notwendigerweise ein Kompromiß zwischen einer Mannigfaltigkeit von Meinungen sein muß, sondern weil es eine objektive Wahrheit gibt, die nur dadurch aufgedeckt und ermittelt werden kann, daß erfahren und begriffen wird, was ist, sein kann und zur Verbesserung des Loses der Menschheit getan werden sollte. Dieses öffentliche und historische »Sollen« ist nicht unmittelbar einsichtig, liegt nicht auf der Hand: es muß enthüllt werden, indem das gegebene Material »durchschnitten«, »aufgesparten«, »zerbrochen« (dis-cutio) wird - wodurch Recht und Unrecht, Gut und Schlecht, Richtig und Falsch auseinandergelassen werden. Das Subjekt, dessen »Vervollkommnung« von einer progressiven geschichtlichen Praxis abhängt, ist jeder Mensch als Mensch, und diese Universalität reflektiert sich in der Diskussion, die a priori keine Gruppe, kein Individuum ausschließt. Aber selbst der alles einschließende Charakter der liberalistischen Toleranz beruhte, zumindest in der Theorie, auf dem Grundsatz, daß alle Menschen (potentielle) Individuen wären, die lernen könnten, selbst zu hören, zu sehen und zu fühlen, ihre eigenen Gedanken zu entfalten, ihre wahren Interessen, Rechte und Fähigkeiten zu erfassen, auch gegen die eingerichtete Autorität und Meinung. Das war die rationale Grundlage der Rede- und Versammlungsfreiheit. Allseitige Duldung wird fragwürdig, wenn ihre rationale Grundlage nicht mehr besteht, wenn Toleranz manipulierten und geschulten Individuen verordnet wird, die die Meinung ihrer Herren als ihre eigene nachplappern, für die Heteronomie zur Autonomie geworden ist.

Das Telos der Toleranz ist Wahrheit. Es ist eine geschichtlich klare Tatsache, daß die authentischen Wortführer der Toleranz auf mehr und eine andere Wahrheit aus waren als die der Aussagenlogik und akademischen Theorie. John Stuart Mill spricht von der Wahrheit, die in der Geschichte verfolgt wird und die über die Verfolgung nicht aufgrund der ihr »eigenen Macht« triumphiert, die wirklich »gegenüber dem Kerker und dem Pfahl« keine eigene Macht hat. Und er zählt die »Wahrheiten« auf, die grausam und erfolgreich in den Kerkern und am Pfahl liquidiert wurden: die von Arnold von Brescia, von Fra Dolcino, von Savonarola, die der Albigenser, Waldenser, Lollarden und Hussiten. Der Toleranz bedarf es zunächst und vor allem um der Ketzer willen - der geschichtliche Weg zur humanitas erscheint als Ketzerei: Ziel der Verfolgung durch die bestehenden Mächte. Indessen ist Ketzerei als solche noch kein Zeichen für Wahrheit.

Das Kriterium des Fortschritts in der Freiheit, wonach Mill diese Bewegungen beurteilt, ist die Reformation. Es handelt sich um eine Bewertung ex post, und seine Liste enthält Gegensätze (auch Savonarola hätte Fra Dolcino verbrannt). Selbst die Bewertung ex post ist in ihrer Wahrheit anfechtbar: die Geschichte korrigiert das Urteil - zu spät. Die Korrektur hilft den Opfern nicht und spricht ihre Henker nicht frei. Die Lehre daraus ist jedoch klar: die Intoleranz hat den Fortschritt aufgehalten, das Hinschlachten und Foltern Unschuldiger um Jahrhunderte weitergehen lassen. Spricht dies nun für unterschiedslose, »reine« Toleranz? Gibt es geschichtliche Bedingungen, unter denen eine solche Toleranz die Befreiung hemmt und die Opfer des Status quo vermehrt? Kann die unterschiedslose Garantie politischer Rechte und Freiheiten rückschrittlich sein? Kann eine solche Toleranz dazu dienen, eine qualitative gesellschaftliche Änderung zu hintertreiben?

Ich werde diese Frage nur in bezug auf politische Bewegungen, Einstellungen, Denkrichtungen und Philosophien erörtern, die ältesten Sinne »politisch« sind. Außerdem werde ich den Brennpunkt der Diskussion verlagern: sie wird sich nicht nur und nicht in erster Linie mit der Toleranz gegenüber radikalen Extremen, Minderheiten, Umstürzern usw. befassen, sondern eher mit der Toleranz gegenüber Mehrheiten, der offiziellen und öffentlichen Meinung, den etablierten Schutzherren der Freiheit. Damit kann die Diskussion nur eine demokratische Gesellschaft zum Bezugsrahmen haben, in der das Volk in Gestalt von Individuen und Mitgliedern politischer und anderer Organisationen an der Durchführung, Beibehaltung und Änderung der Politik teilhat. In einem autoritären System toleriert das Volk die etablierte Politik nicht - es erleidet sie.

Unter einem System verfassungsmäßig garantierter und (im allgemeinen und ohne zu viele und zu augenfällige Ausnahmen) ausgeübter bürgerlicher Rechte und Freiheiten werden Opposition und abweichende Ansichten geduldet, sofern sie nicht zur Gewaltanwendung führen und sofern nicht zu einem gewaltsamen Umsturz aufgerufen und dieser organisiert wird. Zugrunde liegt die Annahme, daß die etablierte Gesellschaft frei sei und daß jede Verbesserung, selbst eine Änderung der gesellschaftlichen Struktur und Werte, im normalen Gang der Ereignisse zustande käme, vorbereitet, bestimmt und untersucht in freier und gleicher Diskussion auf dem offenen Forum der Ideen und Güter<sup>3</sup>. Indem ich nun an die Stelle aus John Stuart Mill erinnerte, machte ich auf die in dieser Annahme versteckte Prämisse aufmerksam: freie und gleiche Diskussion kann die ihr zugeschriebene Funktion nur erfüllen, wenn sie rational ist - Ausdruck und Entfaltung unabhängigen Denkens, frei, von geistigem Drill, Manipulation, äußerer Autorität. Der Begriff des Pluralismus und des Ausgleichs der Mächte kann dieses Erfordernis nicht ersetzen. Man könnte theoretisch einen Staat konstruieren, in dem eine Vielheit verschiedener Zwänge, Interessen und Autoritäten einander ausbalancieren und zu einem Wahrhaft allgemeinen und vernünftigen Interesse führen. Eine solche Konstruktion paßt jedoch schlecht zu einer Gesellschaft, in der die Mächte ungleich sind und bleiben und ihr ungleiches Gewicht noch erhöhen, wenn sie ihren eigenen Lauf nehmen. Sie paßt noch schlechter, wenn die Mannigfaltigkeit von Zwängen sich zu einem überwältigenden Ganzen vereinigt und verfestigt und dabei die einzelnen ausgleichenden Mächte integriert aufgrund eines zunehmenden Lebensstandards und einer zunehmenden Machtkonzentration. Die Arbeiter, deren wirkliches Interesse dem der Betriebsleitung widerstreitet, der gewöhnliche Konsument, dessen wirkliches Interesse dem des Produzenten entgegengesetzt ist, der intellektuelle, dessen Beruf in Konflikt gerät mit dem seines Arbeitgebers, sehen dann, daß sie sich einem System unterwerfen, dem gegenüber sie machtlos sind und unvernünftig erscheinen. Die Idee verfügbarer Alternativen verflüchtigt sich in eine äußerst utopische Dimension, in der sie auch beheimatet ist; denn eine freie Gesellschaft ist in der Tat unrealistisch und wesentlich verschieden von allen bestehenden Gesellschaften. Welche Verbesserung auch »im normalen Gang der Ereignisse« und ohne Umwälzung eintreten mag, unter diesen Umständen wird sie eine Verbesserung sein, die in der von den partikulären Interessen bestimmten Richtung liegt, die das Ganze kontrollieren.

Aus demselben Grunde wird man jenen Minderheiten, die bestrebt sind, das Ganze selbst zu ändern, unter optimalen Bedingungen (die selten herrschen) gestatten, Erwägungen anzustellen und zu diskutieren, zu sprechen und sich zu versammeln - und diese werden angesichts der überwältigenden Mehrheit, die sich einer qualitativen gesellschaftlichen Änderung widersetzt, harmlos und hilflos dastehen. Diese Mehrheit ist fest gegründet in der zunehmenden Befriedigung der Bedürfnisse sowie der technologischen und geistigen Gleichschaltung, die die allgemeine Hilflosigkeit radikaler Gruppen in einem gut funktionierenden Gesellschaftssystem bezeugen. In der Überflußgesellschaft herrscht Diskussion im Überfluß, und im etablierten Rahmen ist sie weitgehend tolerant. Alle Standpunkte lassen sich vernehmen: der Kommunist und der Faschist, der Linke und der Rechte, der Weiße und der Neger, die Kreuzzügler für Aufrüstung und die für Abrüstung. Ferner wird bei Debatten in den Massenmedien die dumme Meinung mit demselben Respekt behandelt wie die intelligente, der Ununterrichtete darf ebenso lange reden wie der Unterrichtete, und Propaganda geht einher mit Erziehung, Wahrheit mit Falschheit. Diese reine Toleranz von Sinn und Unsinn wird durch das demokratische Argument gerechtfertigt, daß niemand, ob Gruppe oder Individuum, im Besitz der Wahrheit und imstande wäre zu bestimmen, was Recht und Unrecht ist, Gut und Schlecht. Deshalb müssen alle miteinander wetteifernden Meinungen »dem Volk« zur Erwägung und Auswahl vorgelegt werden. Ich habe jedoch bereits angedeutet, daß das demokratische Argument eine notwendige Bedingung einschließt, nämlich: daß das Volk fähig sein muß, auf der Basis von Erkenntnis etwas zu erwägen und auszuwählen, daß ihm wahrhafte Information zugänglich sein und deren Bewertung autonomem Denken entspringen muß.

In der gegenwärtigen Periode wird das demokratische Argument zunehmend dadurch hinfällig, daß der demokratische Prozeß selbst hinfällig wird. Die befreiende Kraft der Demokratie lag in der Chance, die sie abweichenden Ansichten auf der individuellen wie gesellschaftlichen Ebene gewährte, in ihrer Offenheit gegenüber qualitativ anderen Formen der Regierung, Kultur und Arbeit - des menschlichen Daseins im allgemeinen. Die Duldung der freien Diskussion und das gleiche Recht gegensätzlicher Positionen sollte die verschiedenen Formen abweichender Ansichten bestimmen und klären. ihre Richtung, ihren Inhalt, ihre Aussichten. Aber mit der Konzentration ökonomischer und politischer Macht und der Integration gegensätzlicher Standpunkte einer Gesellschaft, welche die Technik als Herrschaftsinstrument benutzt, wird effektive Abweichung dort gehemmt, wo sie unbehindert aufkommen konnte: in der Meinungsbildung, im Bereich von Information und Kommunikation, in der Rede und der Versammlung. Unter der Herrschaft der monopolistischen Medien - selber bloße Instrumente ökonomischer und politischer Macht - wird eine Mentalität erzeugt, für die Recht und Unrecht, Wahr und Falsch vorherbestimmt sind, wo immer sie die Lebensinteressen der Gesellschaft berühren. Das ist, vor allem Ausdruck und aller Kommunikation, ein semantischer Tatbestand: blockiert wird die effektive Abweichung, die Anerkennung dessen, was nicht dem Establishment angehört; das beginnt in der Sprache, die veröffentlicht und verordnet wird. Der Sinn der Wörter wird streng stabilisiert. Rationale Diskussion, eine Überzeugung vom Gegenteil ist nahezu ausgeschlossen. Der Zugang zur Sprache wird denjenigen Wörtern und Ideen versperrt, die anderen Sinnes sind als der etablierte - etabliert durch die Reklame der bestehenden Mächte und verifiziert in deren Praktiken. Andere Wörter können zwar ausgesprochen und gehört, andere Gedanken zwar ausgedrückt werden, aber sie werden nach dem massiven Maßstab der konservativen Mehrheit (außerhalb solcher Enklaven wie der Intelligenz) sofort »bewertet« (das heißt: automatisch verstanden) im Sinne der öffentlichen Sprache - einer Sprache, die »a priori« die Richtung festlegt, in welcher sich der Denkprozeß bewegt. Damit endet der Prozeß der Reflexion dort, wo er anfing: in den gegebenen Bedingungen und Verhältnissen. Sich selbst bestätigend, stößt der Diskussionsgegenstand den Widerspruch ab, da die Antithese im Sinne der These Neubestimmt wird. Zum Beispiel, These: wir arbeiten für den Frieden; Antithese.- wir bereiten Krieg vor (oder gar: wir führen Krieg); Vereinigung der Gegensätze: Kriegsvorbereitung ist Arbeit für den Frieden. Frieden wird dahingehend Neubestimmt, daß er, bei der herrschenden

Lage, Kriegsvorbereitung (oder sogar Krieg) notwendig einschließt, und in dieser Orwellschen Form wird der Sinn des Wortes »Frieden« stabilisiert. So wirkt das Grundvokabular der Orwellschen Sprache im Sinne apriorischer Kategorien des Verstehens: aller Inhalt wird präformiert. Diese Bedingungen entkräften die Logik der Toleranz, welche die rationale Entwicklung des Sinnes einschließt und dessen Abriegelung verbietet. Folglich verlieren die Überzeugung durch Diskussion und die gleichberechtigte Darstellung gegensätzlicher Positionen (selbst wo sie wirklich gleichberechtigt ist) leicht ihre befreiende Kraft als Faktoren des Verstehens und Erfahrens; weit wahrscheinlicher ist es jedoch, daß sie die etablierte These stärken und die Alternativen abwehren.

Unparteilichkeit bis zum äußersten, gleiche Behandlung konkurrierender und im Konflikt liegender Meinungen ist in der Tat ein Grunderfordernis dafür, daß im demokratischen Prozeß Entscheidungen getroffen werden können - und sie ist ein Grunderfordernis zur Bestimmung der Grenzen der Toleranz. Aber in einer Demokratie mit totalitärer Organisation kann Objektivität eine ganz andere Funktion erfüllen, nämlich die, eine geistige Haltung zu fördern, die dazu tendiert, den Unterschied zwischen Wahr und Falsch, Information und Propaganda, Recht und Unrecht zu verwischen. Faktisch ist die Entscheidung zwischen gegensätzlichen Ansichten schon vollzogen, ehe es dazu kommt, sie vorzutragen und zu erörtern - vollzogen nicht durch eine Verschwörung, einen Führer oder Propagandisten, nicht durch irgendeine Diktatur, sondern vielmehr durch den »normalen Gang der Ereignisse«, der der Gang verwalteter Ereignisse ist, sowie durch die darin geformte Mentalität. Auch hier bestimmt das Ganze die Wahrheit. Denn ohne daß die Objektivität offen verletzt würde, setzt die Entscheidung sich durch in Dingen wie der Aufmachung einer Zeitung (darin, daß eine höchst wichtige Information zerstückelt und mit nicht dazu gehörigem Material und unwesentlichen Einzelheiten durchsetzt wird, wodurch einige radikal negative Nachrichten eine unauffällige Stelle zugewiesen bekommen), in der Nebeneinanderstellung von prächtigen Annoncen und unabgeschwächtem Grauen, darin, daß Rundfunksendungen, die Tatsachen mitteilen, durch eine überwältigende Reklame eingeleitet und unterbrochen werden. Das Ergebnis ist eine Neutralisierung der Gegensätze, eine Neutralisierung freilich, die auf dem festen Boden der strukturellen Einschränkung der Toleranz und im Rahmen einer präformierten Mentalität stattfindet. Wenn eine Zeitschrift nebeneinander einen negativen und einen positiven Bericht über den FBI abdruckt, dann erfüllt sie ehrlich die Erfordernisse der Objektivität: es ist jedoch mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der positive das Rennen macht, weil das Image der Institution dem Bewußtsein des Volkes tief eingepägt ist. Oder wenn ein Nachrichtensprecher über die Folterung und Ermordung von Menschen, die für die Bürgerrechte eintraten) in dem gleichen geschäftlichen Tonfall berichtet, dessen er sich bedient, wenn er den Aktienmarkt oder das Wetter beschreibt, oder mit der gleichen großen Gemütsbewegung, mit der er seine Reklamesprüche aufsagt, dann ist solche Objektivität unecht, mehr noch, sie verstößt gegen Humanität und Wahrheit, weil sie dort ruhig ist, wo man wütend sein sollte, und sich dort der Anklage enthält, wo diese in den Tatsachen selbst enthalten ist. Die in solcher Unparteilichkeit ausgedrückte Toleranz dient dazu, die herrschende Intoleranz und Unterdrückung möglichst klein darzustellen oder gar freizusprechen. Wenn jedoch Objektivität irgend etwas mit Wahrheit zu tun hat und wenn Wahrheit mehr als eine Sache der Logik und Wissenschaft ist, dann ist diese Art Objektivität falsch und diese Art Toleranz unmenschlich. Und wenn es notwendig ist, das etablierte Universum der Bedeutung (und der in diesem Universum enthaltenen Praxis) zu durchbrechen, um den Menschen in den Stand zu setzen, herauszufinden, was wahr und was falsch ist, dann müßte diese trügerische Unparteilichkeit aufgegeben werden. Die dieser Unparteilichkeit ausgesetzten Menschen sind keine tabulae rasae, sie werden geschult von den Verhältnissen, unter denen sie leben und denken und über die sie nicht hinausgehen. Um sie zu befähigen, autonom zu werden, von sich aus herauszufinden, was für den Menschen in der bestehenden Gesellschaft wahr und was falsch ist, müßten sie von der herrschenden Schulung (die nicht mehr als Schulung erkannt wird) befreit werden. Das aber bedeutet, daß der Trend umgekehrt werden müßte: sie hätten Information zu bekommen, die in

entgegengesetzter Richtung präformiert ist. Denn die Tatsachen sind niemals unmittelbar gegeben und niemals unmittelbar zugänglich; sie werden durch jene, die sie herbeiführten, etabliert und »vermittelt«; die Wahrheit, »die ganze Wahrheit«, geht über die Tatsachen hinaus und erfordert den Bruch mit ihrer Erscheinung. Dieser Bruch - Vorbedingung und Zeichen aller Denk- und Redefreiheit - läßt sich nicht im etablierten Rahmen abstrakter Toleranz und unechter Objektivität vollziehen, weil eben sie die Faktoren sind, die den Geist gegen den Bruch präformieren.

Die tatsächlichen Schranken, welche die totalitäre Demokratie gegen die Wirksamkeit qualitativ abweichender Ansichten errichtet, sind, verglichen mit den Praktiken einer Diktatur, die das Volk in der Wahrheit zu erziehen beansprucht, schwach und angenehm genug. Bei all ihren Grenzen und Verzerrungen ist demokratische Toleranz unter allen Umständen humaner als eine institutionalisierte Intoleranz, welche die Rechte und Freiheiten der lebenden Generationen künftigen Generationen zuliebe hinopfert. Es fragt sich, ob dies die einzige Alternative ist. Ich werde jetzt versuchen, die Richtung anzudeuten, in der eine Antwort gesucht werden kann. Auf jeden Fall geht es nicht um den Gegensatz von Demokratie in abstracto und Diktatur in abstracto.

Demokratie ist eine Regierungsform, die sich für sehr verschiedene Typen der Gesellschaft eignet (das gilt sogar für eine Demokratie mit allgemeinem Stimmrecht und Gleichheit vor dem Gesetz), und die menschlichen Kosten einer Demokratie sind stets und überall die von der Gesellschaft verlangten, deren Regierung sie ist. Der Umfang dieser Kosten erstreckt sich von normaler Ausbeutung, Armut und Unsicherheit bis auf die Opfer von Kriegen, Polizeiaktionen, militärischer Hilfe usw., auf welche die Gesellschaft sich eingelassen hat - und nicht nur auf die Opfer innerhalb der eigenen Landesgrenzen. Solche Erwägungen können zwar niemals rechtfertigen, daß andere Sach- und Menschenopfer im Namen einer künftigen, besseren Gesellschaft gefordert werden, aber sie gestatten doch, die mit der Erhaltung einer bestehenden Gesellschaft verbundenen Kosten gegen das Risiko abzuwägen, Alternativen zu befördern, die der Befriedung und Befreiung eine vernünftige Chance bieten. Sicher ist von keiner Regierung zu erwarten, daß sie ihre eigene gewaltsame Beseitigung begünstigt, aber in der Demokratie ist ein solches Recht im Volk verankert (das heißt in der Mehrheit des Volkes). Das bedeutet, daß die Wege, auf denen sich eine umstürzende Mehrheit entwickeln könnte, nicht versperrt werden sollten, und wenn sie durch organisierte Unterdrückung und Indoktrination versperrt werden, dann wird ihre Wiedereröffnung offenkundig undemokratische Mittel erheischen. Dazu würde gehören, daß Gruppen und Bewegungen die Rede- und Versammlungsfreiheit entzogen wird, die eine aggressive Politik, Aufrüstung, Chauvinismus und Diskriminierung aus russischen und religiösen Gründen befürworten oder sich der Ausweitung öffentlicher Dienste, sozialer Sicherheit, medizinischer Fürsorge usw. widersetzen. Darüber hinaus kann die Wiederherstellung der Denkfreiheit neue und strenge Beschränkungen der Lehren und Praktiken in den pädagogischen Institutionen erfordern, die ihren ganzen Methoden und Begriffen nach dazu dienen, den Geist ins etablierte Universum von Rede und Verhalten einzuschließen - und dadurch a priori einer rationalen Einschätzung der Alternativen vorzubeugen. Und in dem Maße, wie Denkfreiheit den Kampf gegen Unmenschlichkeit mit sich bringt, schlosse die Wiederherstellung einer solchen Freiheit auch Intoleranz gegenüber wissenschaftlicher Forschung ein, die im Interesse tödlicher »Abschreckungsmittel«, des Ertragens unmenschlicher, abnormer Bedingungen usw. erfolgt. Ich werde jetzt die Frage diskutieren, wer über die Unterscheidung zwischen befreienden und repressiven, menschlichen und unmenschlichen Lehren und Praktiken befinden soll; ich habe bereits angedeutet, daß diese Unterscheidung keine Sache bloß subjektiven Vorziehens von Werten, sondern rationaler Kriterien ist.

Während es denkbar ist, daß die Umkehrung des Trends wenigstens im erzieherischen Bereich sich von den Schülern und Lehrern selbst durchsetzen ließe und damit selbstaufgelegt wäre, ließe



sich der systematische Entzug von Toleranz gegenüber rückschrittlichen und repressiven Meinungen und Bewegungen nur als Ergebnis eines massiven Drucks vorstellen, was auf eine Umwälzung hinauslief. Er würde, mit anderen Worten, voraussetzen, was noch zu leisten ist: die Umkehrung des Trends. Jedoch kann Widerstand bei besonderen Anlässen vielleicht dafür den Boden bereiten. Der umstürzlerische Charakter der Wiederherstellung von Freiheit erscheint am deutlichsten in derjenigen Dimension der Gesellschaft, in der falsche Toleranz wahrscheinlich den größten Schaden anrichtet: in Geschäft und Publicity. Ich bestehe darauf, daß Praktiken wie geplantes Veralten von Gütern, das Einverständnis zwischen Gewerkschaften und den Politikern des Establishment, die betrügerische Publizität nicht einfach von oben einer ohnmächtigen breiten Masse auferlegt, sondern von dieser geduldet werden - und von den Konsumenten insgesamt. Es wäre jedoch lächerlich, wollte man hinsichtlich dieser Praktiken und der von ihnen geförderten Ideologien von einem möglichen Entzug der Toleranz reden. Denn sie gehören zur Basis, auf der die repressive Gesellschaft beruht und sich und ihre lebenswichtigen Abwehrstellungen reproduziert - ihre Beseitigung wäre jene totale Revolution die von dieser Gesellschaft so wirksam unterbunden wird.

Toleranz in einer solchen Gesellschaft diskutieren heißt, den Tatbestand der Gewalt und die traditionelle Unterscheidung von gewaltsamer und gewaltloser Aktion neu zu untersuchen. Die Diskussion sollte nicht von vornherein durch Ideologien vernebelt werden, die der Verewigung von Gewalt dienen. Selbst in den fortgeschrittenen Zentren der Zivilisation herrscht faktisch Gewalt: sie wird ausgeübt durch die Polizei, in Straf- und Irrenanstalten, im Kampf gegen rassistische Minderheiten; sie wird von den Verteidigern der »freien Welt« in die rückständigen Gegenden getragen. Allerdings gebietet diese Gewalt neue. Aber sich angesichts einer weit überlegenen Gewalt dieser Gewalt zu enthalten, ist ein Ding, a priori aus ethischen oder psychologischen Gründen (weil sie Sympathisanten verschrecken kann) auf Gewalt gegen Gewalt zu verzichten, ein anderes. Gewaltlosigkeit wird den Schwachen normalerweise nicht nur gepredigt, sondern abgezwungen - sie ist mehr eine Notwendigkeit als eine Tugend, und normalerweise gefährdet sie die Interessen der Starken nicht ernstlich. (Ist der Fall Indiens eine Ausnahme? Dort wurde passiver Widerstand in großem Umfang geleistet, der das Wirtschaftsleben des Landes auflöste oder aufzulösen drohte. Quantität schlägt in Qualität um: in solchem Ausmaß ist passiver Widerstand nicht mehr passiv - er hört auf, gewaltlos zu sein. Dasselbe gilt für den Generalstreik.) Robespierres Unterscheidung zwischen dem Terror der Freiheit und dem des Despotismus und seine moralische Verherrlichung des ersteren zählen zu den am überzeugendsten verdamnten Verirrungen, auch wenn der weiße Terror blutiger war als der rote. Die vergleichende Beurteilung der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme nach der Anzahl ihrer Opfer wäre das quantifizierende Verfahren, das den von Menschen bereiteten Schrecken offenbart, der die Gewalt zu einer Notwendigkeit machte. Hinsichtlich der geschichtlichen Funktion gibt es einen Unterschied zwischen revolutionären und reaktionäres Gewalt, zwischen der von den Unterdrückten und der von den Unterdrückern geübten Gewalt. Ethisch gesehen: beide Formen der Gewalt sind unmenschlich und von Übel - aber seit wann wird Geschichte nach ethischen Maßstäben gemacht? Zu dem Zeitpunkt mit ihrer Anwendung beginnen, wo die Unterdrückten gegen die Unterdrücker aufbegehren, die Armen gegen die Verfügenden, heißt dem Interesse der tatsächlichen Gewalt dadurch dienen, daß man den Protest gegen sie schwächt.

»Comprenez enfin ceci: si la violence a commencé ce soir, si l'exploitation ni l'oppression n'ont jamais existé sur terre, peut-être la non-violence affichée peut apaiser la querelle. Mais si le régime tout entier et jusqu'à vos non-violentes pensées sont conditionnées par une oppression millénaire, votre passivité ne sert qu'à vous ranger du côté des oppresseurs.«<sup>4</sup>

Gerade der Begriff der falschen Toleranz und die Unterscheidung zwischen gerechtfertigten und ungerechtfertigten Grenzen der Toleranz, zwischen progressiver und regressiver Schulung,

revolutionärer und reaktionäres Gewalt erfordern, daß Kriterien ihrer Gültigkeit festgesetzt werden. Diese Maßstäbe müssen allen verfassungsmäßigen und gesetzlichen Kriterien (wie »Notstand« und anderen etablierten Definitionen bürgerlicher Rechte und Freiheiten) vorausgehen, die in einer bestehenden Gesellschaft aufgestellt und angewandt werden; denn solche Definitionen setzen selbst Maßstäbe von Freiheit und Unterdrückung als in der jeweiligen Gesellschaft anwendbar oder nicht anwendbar voraus: sie sind Spezifikationen allgemeiner Begriffe. - Durch wen und nach welchen Maßstäben läßt sich die politische Unterscheidung zwischen wahr und falsch, progressiv und regressiv (denn in diesem Bereich sind diese Begriffspaare gleichbedeutend) treffen und ihre Gültigkeit rechtfertigen? Ich behaupte, daß sich die Frage nicht anhand der Alternative von Demokratie und Diktatur beantworten läßt, der zufolge in der Diktatur ein Individuum oder eine Gruppe sich ohne wirksame Kontrolle von unten die Entscheidung anmaßen. Historisch sind selbst in den demokratischsten Demokratien diejenigen lebenswichtigen Entscheidungen, welche die Gesellschaft als ganzes berühren, verfassungsmäßig oder faktisch durch eine oder mehrere Gruppen getroffen worden, ohne daß das Volk selbst eine wirksame Kontrolle ausgeübt hätte. Die ironische Frage: wer erzieht die Erzieher? (das heißt die politischen Führer), gilt auch für die Demokratie. Die einzige wahrhaftige Alternative zur Diktatur und deren Negation wäre (im Hinblick auf diese Frage) eine Gesellschaft, in der »das Volk« zu autonomen Individuen geworden ist, die befreit sind von den repressiven Erfordernissen eines Kampfes ums Dasein im Interesse von Herrschaft und als solche befreite Menschen ihre Regierung wählen und ihr Leben bestimmen. Eine solche Gesellschaft existiert nirgendwo. Inzwischen muß die Frage in abstracto behandelt werden - eine Abstraktion nicht von den geschichtlichen Möglichkeiten, sondern von den Realitäten in den herrschenden Gesellschaften.

Ich gab zu verstehen, daß die Unterscheidung zwischen wahrer und falscher Toleranz, zwischen Fortschritt und Regression sich rational auf empirischem Boden treffen läßt. Die realen Möglichkeiten menschlicher Freiheit sind relativ zur erreichten Zivilisationsstufe. Sie hängen von den auf der jeweiligen Stufe verfügbaren materiellen und geistigen Ressourcen ab, und sie lassen sich weitgehend quantifizieren und berechnen. Das gilt auf der Stufe der fortgeschrittenen Industriegesellschaft für die rationalsten Weisen, diese Ressourcen zu nutzen und das Sozialprodukt bei vorrangiger Befriedigung der Lebensbedürfnisse und mit einem Minimum von harter Arbeit und Ungerechtigkeit zu verteilen. Mit anderen Worten: es ist möglich, die Richtung zu bestimmen, in der die herrschenden Institutionen, politischen Praktiken und Meinungen geändert werden müßten, um die Chance eines Friedens zu vergrößern, der nicht mit Kaltem Krieg identisch ist, sowie einer Befriedigung der Bedürfnisse, die nicht von Armut, Unterdrückung und Ausbeutung lebt. Es ist dem zufolge auch möglich, politische Praktiken, Meinungen und Bewegungen zu bestimmen, die diese Chance befördern würden, und diejenigen, die das Gegenteil täten; die Unterdrückung der regressiven ist eine Vorbedingung für die Stärkung der fortschrittlichen.

Die Frage, wer qualifiziert sei, alle diese Unterscheidungen, Definitionen und Ermittlungen für die Gesamtgesellschaft vorzunehmen, hat jetzt eine logische Antwort: jedermann »in der Reife seiner Anlagen«, jeder, der gelernt hat, rational und autonom zu denken. Die Antwort auf Platons erzieherische Diktatur ist die demokratische erzieherische Diktatur freier Menschen. John Stuarts Mills Konzeption der res publica ist nicht das Gegenteil der Platonischen: auch der Liberale fordert die Autorität der Vernunft nicht nur als geistige, sondern auch als politische Macht. Bei Platon ist die Rationalität auf die kleine Zahl der Philosophen-Könige begrenzt; bei Mill hat jeder Mensch teil an der Diskussion und Entscheidung aber nur als vernünftiges Wesen. Wo die Gesellschaft in die Phase totaler Verwaltung und Indoktrination eingetreten ist, wäre das allerdings eine kleine Anzahl und nicht notwendig die der gewählten Volksvertreter. Es geht nicht um das Problem einer erzieherischen Diktatur, sondern darum, die Tyrannei der öffentlichen Meinung und ihrer Hersteller in der geschlossenen Gesellschaft zu brechen. Angenommen selbst,

daß die Unterscheidung zwischen Fortschritt und Regression empirisch als rational ausgewiesen werden kann, und angenommen, daß sie auf die Toleranz angewandt werden und aus politischen Gründen eine streng unterscheidende Praxis rechtfertigen kann (Abschaffung des liberalen Glaubens an freie und gleiche Diskussion), so ergibt sich daraus noch eine unmögliche Konsequenz. Ich sagte, daß kraft innerer Logik der Entzug der Toleranz gegenüber regressiven Bewegungen und eine unterscheidende Toleranz zugunsten fortschrittlicher Tendenzen gleichbedeutend wäre mit der »offiziellen« Förderung des Umsturzes. Der geschichtliche Fortschrittskalkül (der gegenwärtig der Kalkül der voraussichtlichen Verringerung von Grausamkeit, Elend und Unterdrückung ist) scheint die wohlüberlegte Wahl zwischen zwei Formen politischer Gewalt einzuschließen: die seitens der gesetzlich bestellten Mächte (durch ihre legitime Aktion, ihr stillschweigendes Einverständnis oder ihr Unvermögen, Gewalt zu verhindern) und die seitens potentiell umstürzlerischer Bewegungen. Außerdem würde im Hinblick auf die letzteren eine Politik ungleicher Behandlung den Radikalismus von links gegen den von rechts schützen. Kann der geschichtliche Kalkül vernünftigerweise auf die Rechtfertigung der einen Form von Gewalt gegen die andere ausgedehnt werden? Oder besser (da »Rechtfertigung« einen moralischen Beigeschmack hat), gibt es einen geschichtlichen Beweis, der dahin geht, daß der gesellschaftliche Ursprung und Impuls der Gewalt (ausgehend von den beherrschten oder den herrschenden Klassen, den Verfügenden oder den Armen, der Linken oder der Rechten) sich in einem nachweisbaren Verhältnis zum Fortschritt (wie er oben definiert wurde) befindet?

Bei allen Einschränkungen, deren eine Hypothese bedarf, die auf einer unabgeschlossenen geschichtlichen Vergangenheit beruht, scheint es, daß die aus dem Aufstand der unterdrückten Klassen erwachsene Gewalt das geschichtliche Kontinuum von Ungerechtigkeit, Grausamkeit und Stillschweigen für einen kurzen Augenblick durchbrach, kurz aber explosiv genug, um eine Erweiterung des Spielraums von Freiheit und Gerechtigkeit, eine bessere und gleichmäßigere Verteilung von Elend und Unterdrückung in einem Gesellschaftssystem zu erreichen - mit einem Wort: einen Fortschritt der Zivilisation. Die englischen Bürgerkriege, die Französische Revolution, die Chinesische und die Kubanische Revolution können diese Hypothese veranschaulichen. Demgegenüber wurde der eine geschichtliche Wechsel von einem Gesellschaftssystem zum anderen, der den Beginn einer neuen Epoche der Zivilisation markierte, nicht von einer wirksamen Bewegung »von unten« inspiriert und durchgesetzt, nämlich der Zusammenbruch des Römischen Reiches im Westen, der zu einer langen Verfallsperiode führte, die Jahrhunderte währte, bis eine neue, höhere Periode der Zivilisation in der Gewalt der ketzerischen Revolten des dreizehnten Jahrhunderts und in den Bauern- und Arbeiteraufständen des vierzehnten Jahrhunderts entstand.<sup>5</sup>

Hinsichtlich der geschichtlichen Gewalt, die von den herrschenden Klassen ausging, scheint sich kein derartiges Verhältnis zum Fortschritt nachweisen zu lassen. Die lange Reihe dynastischer und imperialistischer Kriege, die Liquidation von Spartakus in Deutschland im Jahre 1919, der Faschismus und der Nationalsozialismus durchbrachen das Kontinuum der Unterdrückung nicht, sondern festigten und modernisierten es vielmehr. Ich sagte, »ausgehend von den herrschenden Klassen«: freilich gibt es kaum eine organisierte Gewalt von oben, die keine Massenunterstützung mobilisiert und aktiviert; die entscheidende Frage ist, im Namen und im Interesse welcher Gruppen und Institutionen wird solche Gewalt freigesetzt? Und die Antwort ist nicht notwendigerweise eine Antwort ex post: bei den soeben erwähnten geschichtlichen Beispielen ließ sich vorwegnehmen und wurde vorweggenommen, ob die Bewegung dazu dienen würde, die alte Ordnung zu stärken, oder dazu, eine neue herbeizuführen.

Befreiende Toleranz würde mithin Intoleranz gegenüber Bewegungen von rechts bedeuten und Duldung von Bewegungen von links. Was die Reichweite dieser Toleranz und Intoleranz angeht, so müßte sie sich ebenso auf die Ebene des Handelns erstrecken wie auf die der Diskussion und

Propaganda, auf Worte wie auf Taten. Das traditionelle Kriterium »eindeutiger und gegenwärtiger Gefahr« scheint einer Stufe nicht mehr angemessen, auf der sich die ganze Gesellschaft in der Lage des Theaterpublikums befindet, wenn jemand »Feuer« schreit. Es ist eine Lage, in der sich in jedem Augenblick die totale Katastrophe auslösen ließe, nicht nur durch ein technisches Versagen, sondern auch durch eine rationale Fehleinschätzung der Risiken oder eine unbesonnene Rede eines der Führer. Unter den vergangenen Umständen waren die Reden der faschistischen und nationalsozialistischen Führer das unmittelbare Vorspiel zum Massaker. Der Abstand zwischen der Propaganda und der Aktion, zwischen der Organisation und ihrer Entfesselung gegen die Menschen war zu gering geworden. Aber die Verbreitung des Wortes hätte unterbunden werden können, ehe es zu spät war: hätte man die demokratische Toleranz aufgehoben, als die künftigen Führer mit ihrer Kampagne anfangen, so hätte die Menschheit eine Chance gehabt, Auschwitz und einen Weltkrieg zu vermeiden.

Die gesamte nachfaschistische Periode ist eine Periode eindeutiger und gegenwärtiger Gefahr. Folglich erfordert wahre Befriedung, daß die Toleranz vor der Tat entzogen werde: auf der Stufe der Kommunikation in Wort, Druck und Bild. Allerdings ist eine derart extreme Aufhebung des Rechts der freien Rede und freien Versammlung nur dann gerechtfertigt, wenn die Gesamtgesellschaft in äußerster Gefahr ist. Ich behaupte, daß unsere Gesellschaft sich in einer solchen Notsituation befindet und daß diese zum Normalzustand geworden ist. Verschiedene Meinungen und »Philosophien« können nicht mehr friedlich um Anhängerschaft und Überzeugung aus rationalen Gründen wetteifern: das »Forum der Ideen« wird durch diejenigen organisiert und begrenzt, die über das nationale und individuelle Interesse verfügen. In dieser Gesellschaft, für welche die Ideologen das »Ende der Ideologie« verkündet haben, ist das falsche Bewußtsein zum allgemeinen Bewußtsein geworden - von der Regierung bis hinunter zu ihren letzten Objekten. Den kleinen und ohnmächtigen Gruppen, die gegen das falsche Bewußtsein kämpfen, muß geholfen werden: ihr Fortbestehen ist wichtiger als die Erhaltung mißbrauchter Rechte und Freiheiten, die jenen verfassungsmäßige Gewalt zukommen lassen, die diese Minderheiten unterdrücken. Es sollte mittlerweile klar sein, daß die Ausübung bürgerlicher Rechte durch die, die sie nicht haben, vorausgesetzt, daß die bürgerlichen Rechte jenen entzogen werden, die ihre Ausübung verhindern, und daß die Befreiung der Verdammten dieser Erde nicht nur die Unterdrückung ihrer alten, sondern auch ihrer neuen Herren voraussetzt.

Daß rückschrittlichen Bewegungen die Toleranz entzogen wird, ehe sie aktiv werden können, daß Intoleranz auch gegenüber dem Denken, der Meinung und dem Wort geübt wird (Intoleranz vor allem gegenüber den Konservativen und der politischen Rechten) - diese antidemokratischen Vorstellungen entsprechen der tatsächlichen Entwicklung der demokratischen Gesellschaft, welche die Basis für allseitige Toleranz zerstört hat. Die Bedingungen, unter denen Toleranz wieder eine befreiende und humanisierende Kraft werden kann, sind erst herzustellen. Wenn Toleranz in erster Linie dem Schutz und der Erhaltung einer repressiven Gesellschaft dient, wenn sie dazu herhält, die Opposition zu neutralisieren und die Menschen gegen andere und bessere Lebensformen immun zu machen, dann ist Toleranz pervertiert worden. Und wenn diese Perversion im Geist des Individuums anfängt, in seinem Bewußtsein, seinen Bedürfnissen, wenn heteronome Interessen Besitz von ihm ergreifen, ehe es seine Knechtschaft erfahren kann, dann müssen die Anstrengungen, seiner Entmenschlichung entgegenzuwirken, am Eingang beginnen, dort, wo das falsche Bewußtsein Form annimmt (oder vielmehr: systematisch geformt wird) - sie müssen damit beginnen, den Werten und Bildern ein Ende zu bereiten, die dieses Bewußtsein nähren. Das ist allerdings Zensur, sogar Vorzensur, aber eine, die sich offen gegen die mehr oder weniger verkappte Zensur richtet, welche die Massen-Medien durchdringt. Wo das falsche Bewußtsein im nationalen und Massenverhalten vorherrschend geworden ist, übersetzt es sich fast augenblicklich in Praxis: der beruhigende Abstand von Ideologie und Wirklichkeit, von repressivem Denken und repressivem Handeln, zwischen dem zerstörerischen Wort und der zerstörerischen Tat verkürzt sich gefährlich. So kann das Durchbrechen des falschen

Bewußtseins den archimedischen Punkt liefern für eine umfassendere Emanzipation - an einer allerdings unendlich kleinen Stelle, aber von der Erweiterung solcher kleinen Stelle hängt die Chance einer Änderung ab.

Die Kräfte der Emanzipation lassen sich nicht mit einer gesellschaftlichen Klasse gleichsetzen, die aufgrund ihrer materiellen Lage von falschem Bewußtsein frei ist. Heute sind sie hoffnungslos über die Gesellschaft zerstreut, und die kämpfenden Minderheiten und isolierten Gruppen stehen oft in Opposition zu ihrer eigenen Führung. In der Gesamtgesellschaft muß der geistige Raum für Verneinung und Reflexion erst wiederhergestellt werden. Zurückgeworfen durch die verwaltete Gesellschaft, wird die Anstrengung zur Emanzipation »abstrakt«; sie wird darauf reduziert, die Anerkennung dessen zu erleichtern, was geschieht, die Sprache von der Tyrannei der Orwellschen Syntax und Logik zu befreien, die Begriffe zu entwickeln, welche die Realität erfassen. Mehr denn je gilt der Satz, daß Fortschritt in der Freiheit Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit erfordert. Wo der Geist zum Subjekt-Objekt der Politik und ihrer Praktiken gemacht worden ist, ist geistige Autonomie, die Anstrengung des reinen Denkens, eine Sache politischer Erziehung (oder vielmehr: Gegenerziehung) geworden.

Das bedeutet, daß vormals neutrale, wertfreie, formale Momente des Lernens und Lehrens jetzt auf eigenem Boden und aus eigenem Recht politisch werden: zu lernen, die Tatsachen, die ganze Wahrheit zu kennen und zu begreifen, bedeutet in jeder Beziehung radikale Kritik, intellektuellen Umsturz. In einer Welt, in der die menschlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse gehemmt oder verkehrt sind, führt autonomes Denken zu einer »verkehrten Welt«: Widerspruch und Gegenbild zur etablierten Welt der Unterdrückung. Und dieser Widerspruch ist nicht einfach ersonnen, nicht einfach das Produkt wirren Denkens oder der Phantasie, sondern die logische Entwicklung der gegebenen, der bestehenden Welt. In dem Maße, wie die Befreiung durch das Gewicht einer repressiven Gesellschaft und die Notwendigkeit, in ihr ein Auskommen zu finden, behindert wird, wandert die Unterdrückung in den akademischen Betrieb selbst ein, noch vor allen Beschränkungen der akademischen Freiheit. Daß der Geist im vorhinein mit Beschlag belegt wird, beeinträchtigt die Unparteilichkeit und Objektivität: wenn der Student nicht in entgegengesetzter Richtung zu denken lernt, wird er geneigt sein, die Tatsachen in den herrschenden Rahmen der Werte einzuordnen. Gelehrsamkeit, das heißt der Erwerb und die Übermittlung von Kenntnissen verbietet, die Tatsachen vom Zusammenhang der ganzen Wahrheit zu reinigen und zu isolieren. Zur Wahrheit gehört wesentlich die Anerkennung des erschreckenden Ausmaßes, in dem Geschichte von den Siegern gemacht und für sie aufgezeichnet wurde, das heißt des Ausmaßes, in dem Geschichte fortschreitende Unterdrückung war. Und diese Unterdrückung ist in den von ihr eingesetzten Tatsachen selbst enthalten; damit sind sie selbst mit einem negativen Wert als Teil und Aspekt ihrer Tatsächlichkeit behaftet. Die großen Kreuzzüge gegen die Humanität (wie die gegen die Albigenser) mit derselben Unparteilichkeit zu behandeln wie die verzweifelten Kämpfe für die Humanität, bedeutet ihre gegensätzliche historische Funktion zu neutralisieren, die Henker mit ihren Opfern zu versöhnen und die Überlieferung zu verzerren. Solch trügerische Neutralität dient dazu, die Hinnahme der Herrschaft der Sieger im Bewußtsein des Menschen zu reproduzieren. Auch hier ist in der Erziehung jener, die noch nicht gänzlich integriert sind, im Bewußtsein der jungen Menschen, der Boden für befreiende Toleranz erst noch zu bereiten.

Die Erziehung bietet noch ein weiteres Beispiel für trügerische, abstrakte Toleranz, die sich als Konkretion und Wahrheit verkleidet: sie faßt sich im Begriff der Selbstverwirklichung zusammen. Von der Tendenz, dem Kind alle Arten von Zügellosigkeit zu gestatten, bis zur fortwährenden psychologischen Beschäftigung mit den persönlichen Problemen des Studenten ist eine Bewegung großen Stils im Gange gegen die Übel der psychischen Unterdrückung und für das Bedürfnis, man selbst zu sein. Häufig wird die Frage übergangen, was unterdrückt werden muß, ehe man ein Selbst, man selbst sein kann. Das Potential des Individuums ist zunächst ein

negatives, ein Teil des Potentials seiner Gesellschaft: der Aggression, des Schuldgefühls, der Unwissenheit, des Ressentiments, der Grausamkeit, die seine Lebensinstinkte beeinträchtigen. Soll die Identität des Selbst mehr sein als die unmittelbare Verwirklichung dieses Potentials (schädlich für das Individuum), so erfordert sie Unterdrückung und Sublimation, bewußte Umformung. Dieser Prozeß schließt auf jeder Stufe (um die lächerlich gemachten Begriffe zu benutzen, die hier ihre bündige Konkretheit offenbaren) die Negation der Negation ein, die Vermittlung des Unmittelbaren, und Identität ist nicht mehr und nicht weniger als dieser Prozeß. »Entfremdung« ist das beständige und wesentliche Element der Identität, die objektive Seite des Subjekts - und nicht, als was man sie heute erscheinen läßt: eine Krankheit, ein psychologischer Zustand. Freud kannte durchaus den Unterschied zwischen progressiver und regressiver, befreiender und zerstörerischer Unterdrückung. Die Reklame der Selbstverwirklichung fördert die Beseitigung beider, sie fördert das Dasein in der Unmittelbarkeit, die in einer repressiven Gesellschaft (um noch einen Hegelschen Terminus zu verwenden) schlechte Unmittelbarkeit ist. Sie isoliert das Individuum von der einen Dimension, in der es »sich selbst finden« könnte: von seinem politischen Dasein, das den Kern seines gesamten Daseins ausmacht. Statt dessen ermutigt sie Nonkonformität und Entfesselung in Richtungen) welche die wirklichen Unterdrückungsmaschinen der Gesellschaft gänzlich unberührt lassen, die diese Maschinen sogar stärken, indem sie die mehr als private und persönliche und deshalb wirkliche Opposition durch die Befriedigungen einer privaten und persönlichen Rebellion ersetzen. Die mit dieser Art Selbstverwirklichung einhergehende Entsublimierung ist insofern selbst repressiv, als sie die Notwendigkeit und Macht des Intellekts schwächt, die katalytische Kraft jenes unglücklichen Bewußtseins, das nicht in der archetypischen, persönlichen Befreiung von der Frustration schwelgt hoffnungsloses Wiederaufleben des Es, das früher oder später der allgegenwärtigen Rationalität der verwalteten Welt unterliegen wird -, sondern das den Schrecken des Ganzen in der privatesten Versagung erkennt und sich in dieser Erkenntnis verwirklicht, Ich habe zu zeigen versucht, wie die Veränderungen in den fortgeschrittenen demokratischen Gesellschaften, die die Grundlage des ökonomischen und politischen Liberalismus untergruben, auch die liberale Funktion der Toleranz verändert haben. Die Toleranz, welche die große Errungenschaft des liberalen Zeitalters war, wird noch vertreten und (mit starken Einschränkungen) geübt, während der ökonomische und politische Prozeß einer allseitigen und wirksamen Verwaltung im Einklang mit den herrschenden Interessen unterworfen wird. Daraus ergibt sich ein objektiver Widerspruch zwischen der ökonomischen und politischen Struktur auf der einen Seite und der Theorie und Praxis des Gewähren-Lassens auf der anderen. Die veränderte Sozialstruktur tendiert dazu, die Wirksamkeit der Toleranz gegenüber abweichenden und oppositionellen Bewegungen zu schwächen und konservative und reaktionäre Kräfte zu stärken. Die Gleichheit der Toleranz wird abstrakt, unecht. Mit dem faktischen Niedergang abweichender Kräfte in der Gesellschaft wird die Opposition in kleine und häufig einander widerstrebende Gruppen isoliert, die selbst dort, wo sie innerhalb der engen Grenzen toleriert werden, wie die hierarchische Struktur der Gesellschaft sie setzt, ohnmächtig sind, weil sie innerhalb dieser Grenzen verbleiben. Aber die ihnen erwiesene Toleranz ist trügerisch und fördert Gleichschaltung. Und auf den festen Grundlagen einer gleichgeschalteten Gesellschaft, die sich gegen qualitative Änderung nahezu abgeriegelt hat, dient selbst die Toleranz eher dazu, eine solche Änderung zu unterbinden, als dazu, sie zu befördern.

Eben diese Bedingungen machen die Kritik solcher Toleranz abstrakt und akademisch, und der Satz, daß das Gleichgewicht zwischen Toleranz gegenüber der Rechten und gegenüber der Linken wiederhergestellt werden müßte, um die befreiende Funktion der Toleranz zu erneuern, erweist sich rasch als eine unrealistische Spekulation. Allerdings scheint eine solche Änderung gleichbedeutend damit, daß ein »Widerstandsrecht« eingesetzt wird, das bis zum Umsturz geht. Es gibt kein derartiges Recht für irgendeine Gruppe oder ein Individuum gegen eine verfassungsmäßige Regierung, die von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, und es kann ein solches Recht auch nicht geben. Aber ich glaube, daß es für unterdrückte und

überwältigte Minderheiten ein »Naturrecht« auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen - nicht für persönlichen Vorteil und aus persönlicher Rache, sondern weil sie Menschen sein wollen. Es gibt keinen anderen Richter über ihnen außer den eingesetzten Behörden, der Polizei und ihrem eigenen Gewissen. Wenn sie Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zu nehmen, hat kein Dritter, und am allerwenigsten der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltung zu predigen.

---

1 Dieser Essay ist meinen Studenten an der Brandeis University zugeeignet.

2 Edgar Wind, *Art and Anarchy*, New York 1964, S.101; deutsch: *Kunst und Anarchie*, Frankfurt/M. 1979

3 Ich möchte bezüglich der anschließenden Diskussion nochmals betonen, daß Toleranz selbst in der demokratischen Gesellschaft de facto nicht unterschiedslos und rein ist. Die auf S. 138 f. aufgeführten, »im Hintergrund wirkenden Beschränkungen« erlegen der Toleranz Schranken auf, noch ehe sie wirksam zu werden beginnt. Die antagonistische Struktur der Gesellschaft beeinträchtigt die Spielregeln. Die gegen das etablierte System Stehenden sind a priori im Nachteil, was durch die Duldung ihrer Ideen, Reden und Zeitungen nicht behoben wird.

4 Jean Paul Sartre, Vorwort zu Frantz Fanon, *Les Damnés de la Terre*, Paris 1961, S. 22; deutsch: *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt/M. 1966: »Man verstehe dies endlich: wenn die Gewalt heute abend angefangen hätte, wenn Ausbeutung und Unterdrückung niemals auf Erden existiert hätten, dann könnte vielleicht die sich anpreisende Gewaltlosigkeit den Streit beilegen. Wenn aber das gesamte Regime bis in eure gewaltlosen Gedanken hinein durch eine tausendjährige Unterdrückung bedingt ist, dann dient eure Passivität nur dazu, euch ins Lager der Unterdrückung einzugliedern.«

5 In der neuesten Zeit war der Faschismus eine Folge des Übergangs zur Industriegesellschaft ohne Revolution. Vgl. dazu Barrington Moores demnächst erscheinendes Buch *Social Origins of Dictatorship and Democracy* (deutsch: *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, Frankfurt/M. 1974).

[Quelle: <http://www.infopartisan.net/archive/1967/2667108.html> (30.10.07)]